

Wien, 23.3.23

## Stellungnahme zur Reaktion des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf die Verpflichtung zur Pausensprache Deutsch im ÖVP-FPÖ Arbeitsübereinkommen in Niederösterreich

Mit dem Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ soll nun auch in Niederösterreich eine über Schulordnungen durchgesetzte Verpflichtung zur Pausensprache Deutsch realisiert werden, wie sie in Oberösterreich schon seit 2015 gilt – und Bildungsminister Polaschek heißt dies gut.

Dass Sprachenverbote in der Pause weder aus pädagogischer noch aus linguistischer Perspektive ein adäquates Mittel darstellen, die Aneignung des Deutschen voranzutreiben, ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis hinlänglich bekannt (siehe den [„Kommentar der Anderen“ von Verena Blaschitz](#) im *Standard* vom 22.3.23, die [Stellungnahmen des Netzwerk SprachenRechte](#) und den aktuellen [Kommentar von Isabella Zins im Ö1 Morgenjournal](#) und in der [NÖN](#) vom 21.3.23). Sprachenverbote sind auch kein geeignetes Motivationsmittel, um „jungen Menschen klar zu machen, dass es wichtig ist, Deutsch zu lernen“ (Zitat [BM Polaschek, Ö1 Mittagsjournal](#) vom 21.3.23), sondern sie vermitteln klar und deutlich: Eure Sprachen gehören nicht hierher, ihr gehört nicht hierher.

Dass ein Bildungsminister es „interessant“ findet, „zu sehen, ob ein solches System funktioniert“ (Zitat [BM Polaschek, Ö1 Mittagsjournal](#)), zeugt von einem eklatanten Mangel an Fachkenntnis. Und dass damit Schüler:innen zu Versuchskaninchen in einem Experiment mit absehbarem Ausgang gemacht werden, ist erschreckend und empörend, zumal in seinem eigenen Ministerium ähnliche Bestrebungen schon in der Vergangenheit als Menschen- und Kinderrechtsverstöße eingestuft wurden. Das Bundesministerium hat in verschiedenen Aussendungen zu Recht immer wieder betont, Sprachenverbote stünden im Widerspruch zur Achtung des Privat- und Familienlebens gemäß Art. 8 EMRK und zu Art. 1 BVG über die Rechte des Kindes (BGBl. I Nr. 4/2011) und seien daher unzulässig.<sup>1</sup>

Die Aneignung des Deutschen wird durch Sprachenverbote nicht gefördert. Gefördert werden durch Sprachenverbote hingegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus, eine Politik der FPÖ, die auch von der ÖVP erschreckenderweise immer offener vertreten wird. Die Gleichwertigkeit von Sprachen und Menschen wird durch die Autorität der Schule in Frage gestellt. Das ist ein fatales Signal und lässt bundesweite Regelungen befürchten.

Wir fordern, dass der Bildungsminister auf Seiten der Wissenschaft und der Praxis an Schulen steht und nicht die Ideologie der FPÖ übernimmt, die mit dem Arbeitsübereinkommen in Niederösterreich von der ÖVP geteilt wird.

Wir fordern, dass der Bildungsminister im Sinne des in Österreich geltenden [Unterrichtsprinzips „Interkulturelle Bildung“](#) ausgrenzende und rassistische Aussagen und Handlungsweisen erkennt, hinterfragt und dagegen auftritt.

Wir fordern, dass sich der Bildungsminister hinter alle Schüler:innen stellt und die wertvolle und selbstverständliche sprachliche Vielfalt an Schulen in ganz Österreich schützt und fördert.

---

<sup>1</sup> 4153/Anfragebeantwortung vom 20.5.2015 zu 4318/J (XXV.GP); Anfragebeantwortung vom 16.12.2015 BMBF-27.903\_0031-I\_5\_2015 22.12.2015; Anfragebeantwortung vom 14.03.2016 BMBF-13.261/0013-Präs.12/2016